

Vorbildfunktion des Landes gilt auch bei der Anschaffung von Fahrzeugen, die umweltfreundlicher werden sollen. Schließlich soll das Land verpflichtet werden, durch entsprechende Zuschüsse die Energieberatung zu verstärken.

WIR WOLLEN DIE KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG STÄRKEN

So sollen Empfehlungen der Städte und Gemeinden bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie künftig stärker berücksichtigt werden. Zudem sollen die Kommunen die Möglichkeit erhalten, die Nutzung bestimmter Energieformen vorzuschreiben oder zu untersagen sowie den Anschluss an das Fernwärmenetz verbindlich festzulegen.

Unser Gesetzentwurf schafft auf allen Ebenen die notwendigen Voraussetzungen für einen schnellen Umstieg von Atom- und Kohlekraft hin zu einem größtmöglichen Anteil an Erneuerbaren Energien. Durch den Abbau bürokratischer Hürden und gezielte Förderprogramme wollen wir diesen Markt für uns und unsere Unternehmen öffnen, denn eine Investition in diese Zukunftstechnologien verspricht neben Klima- und Ressourcenschutz langfristig positive Effekte für den Arbeitsmarkt und die regionale Wertschöpfung.

WIR WOLLEN EIN GESETZ ZUR NUTZUNG ERNEUERBARER WÄRMEENERGIE IN HESSEN (HEEWÄRMEG)

Unser Ziel ist es, den Einsatz von Erneuerbaren Energien zu Zwecken der Wärmeversorgung in Hessen zu fördern und so die Nachhaltigkeit der Energieversorgung zu verbessern.

Da im Gebäudebestand mit knapp 40 Prozent an Heizkosten das größte Einsparpotenzial liegt, sieht das Gesetz vor, die Eigentümer von Altbauten im Falle eines erforderlichen Austausches der Heiz- bzw. Kühlanlage zu verpflichten, ihren Wärmeenergiebedarf durch anteilige Nutzung von Erneuerbaren Energien (z. B. Solarwärme) zu decken und dies mit Bundes- bzw. KfW-Fördermitteln und landeseigenen Förderprogrammen zu unterstützen.

ARBEITSKREIS UMWELT, ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (ULA)

Das breite Themenspektrum dieses Arbeitskreises umfasst Umwelt, Energie, Landwirtschaft, Forsten, Naturschutz, Tierschutz und Verbraucherschutz.

Umweltpolitischer Sprecher und Vorsitzender des Arbeitskreises ist Manfred Görig.

Stellv. Arbeitskreisvorsitzender ist Heinz Lotz.



Manfred Görig



Heinz Lotz



Petra Fuhrmann



Timon Gremmels



Dr. Judith Pauly-Bender

Ansprechpartner für den Arbeitskreis Umwelt ist **Robert Martin** Parlamentsreferat I, Tel.: (0611) 350-505, r.martin@ltg.hessen.de

2. Auflage



SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
V. i. S. d. P.: Gert-Uwe Mende, Petra Tursky-Hartmann
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
www.spd-fraktion-hessen.de

HESSENGERECHT.



ENERGIEQUELLE NATUR

FÜR EINEN VORZUG
DER ERNEUERBAREN ENERGIEN



ERNEUERBARE ENERGIEN MÜSSEN VORRANG ERHALTEN

Hessen soll nach Vorstellung der SPD-Landtagsfraktion vom Schlusslicht beim Einsatz Erneuerbarer Energien zum Vorreiter werden. Den dazu notwendigen

rechtlichen Rahmen sollen unser Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien und unser Wärmegesetz geben. Entwürfe dazu haben wir bereits vorgestellt.

Der erste wichtige Schritt ist die Änderung des Planungsrechts weg von der Verhinderungsplanung und hin zur Vorrangplanung für Erneuerbare Energien. Dem

dient unser Vorranggesetz. Das Wärmegesetz wiederum soll die Anwendung Erneuerbarer Energien im Wohnbestand deutlich voranbringen.

Th. Schäfer-Cumbel
THORSTEN SCHÄFER-CUMBEL SPD-FRAKTIONSVORSITZENDER



WIR WOLLEN, DASS HESSEN ALLE ZUKUNFTSCHANCEN NUTZT

Die Nutzung aller Erneuerbaren Energien ermöglicht nicht nur den Ausstieg aus Atomkraft und Kohle, sie schafft viele neue Arbeitsplätze in allen Bereichen unserer Wirtschaft, in Forschung, Entwicklung, Produktion und Handel. Sie schafft echte Zukunftschancen für unsere heimische Wirtschaft auf den Weltmärkten, die wir dringend nutzen müssen.

WIR WOLLEN FÜR ALLE VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER STABILE ENERGIEPREISE

Erneuerbare Energien helfen bei der Stabilisierung der Energiepreise, da sie uns unabhängig machen von Energiequellen wie Öl, Kohle und Uran. Sie machen zudem unabhängig von den wenigen großen Energiekonzernen und deren Preispolitik. Die zunehmende Anwendung der Kraft-Wärme-Kopplung wird die Wärmekosten sogar langfristig senken.

WIR WOLLEN EIN ATOMKRAFTFREIES HESSEN UND DEM KLIMAWANDEL ENTGEGENWIRKEN

Dazu sind alle Potenziale der Erneuerbaren Energien sowie der Energieeffizienz zu nutzen.

Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke blockieren notwendige Innovationen für eine neue und effiziente Energiewirtschaft. Eine Laufzeitverlängerung verhindert den dringenden Wettbewerb am Strommarkt und einen gleichzeitigen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die vier großen Energiekonzerne kontrollieren 85 Prozent des Energiemarktes. Die marktbeherrschende Position dieser Unternehmen wird durch die Atomverträge der Regierung weiterhin gefestigt, parallel dazu wird jedoch die Innovationskraft der Erneuerbaren Energien geschwächt.

Wir wollen Hessen zum Musterland der Erneuerbaren Energien machen. Anstatt auf fossile Großkraftwerke der Energiekonzerne zu setzen, wollen wir den entstandenen positiven Schwung regionaler Energieversorger nutzen und neben den Erneuerbaren Energien verstärkt flexible dezentrale und hoch effiziente Kraftwerke, moderne Speichertechnologien und intelligente Netze fördern. Die SPD-Fraktion will eine CO₂-freie Erzeugung von Strom und Wärme. In diesem Bereich haben schon heute mehr als 300.000 Menschen einen sicheren und zukunftsfähigen Arbeitsplatz: Tendenz steigend.



WIR WOLLEN DIE BESTEHENDEN PLANUNGSHINDERNISSE ABBAUEN

Die SPD-Fraktion will die bislang weitgehend praktizierte Verhinderungsplanung im Hinblick auf den Ausbau Erneuerbarer Energien beenden und durch eine Vorrangplanung ersetzen. Die Nutzung Erneuerbarer Energien soll zum vorrangigen öffentlichen Belang werden. Dies soll im Landesplanungsrecht so verankert werden. 1,5 Prozent der Landesfläche sollen für sogenannte raumbedeutsame Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien vorgesehen werden, wobei hier die Ackerflächen für die Gewinnung von Biomasse nicht mitgerechnet werden. Die Regionalplanung soll in ihrem Gebiet darüber selbst bestimmen.

WIR WOLLEN, DASS HESSEN VORBILDFUNKTION EINNIMMT

Durch ein Bündel von Maßnahmen soll die rationelle Energienutzung verbessert und die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand gestärkt werden. So soll künftig für öffentliche Gebäude ein gesonderter Energiehaushalt erstellt werden, der eine gesicherte Prognose über den zu erwartenden Energieverbrauch und die damit verbundenen Kosten zulässt, damit bei Investitionsentscheidungen die künftigen Energiekosten mit entsprechendem Gewicht berücksichtigt werden können. Ein Drittel der jährlichen CO₂-Emissionen in Deutschland entfällt auf Beheizung, Kühlung und Beleuchtung von Gebäuden. Hier soll unser Wärmegesetz den Übergang zu Erneuerbaren Energien im Wohnbestand fördern. Die



HESSENGERECHT. SPD

